

# Befragung im INSA-Meinungstrend

im Auftrag des Deutschen Instituts für  
Altersvorsorge GmbH

April 2020



### **Feldzeit:**

03.04. – 06.04.2020

### **Methodik:**

Die Umfrage wurde als Online-Befragung durchgeführt. Gestützt wurde die Umfrage auf einer permanenten Telefon-Umfrage (*INSA-Perpetua Demoscopia*).

### **Stichprobe:**

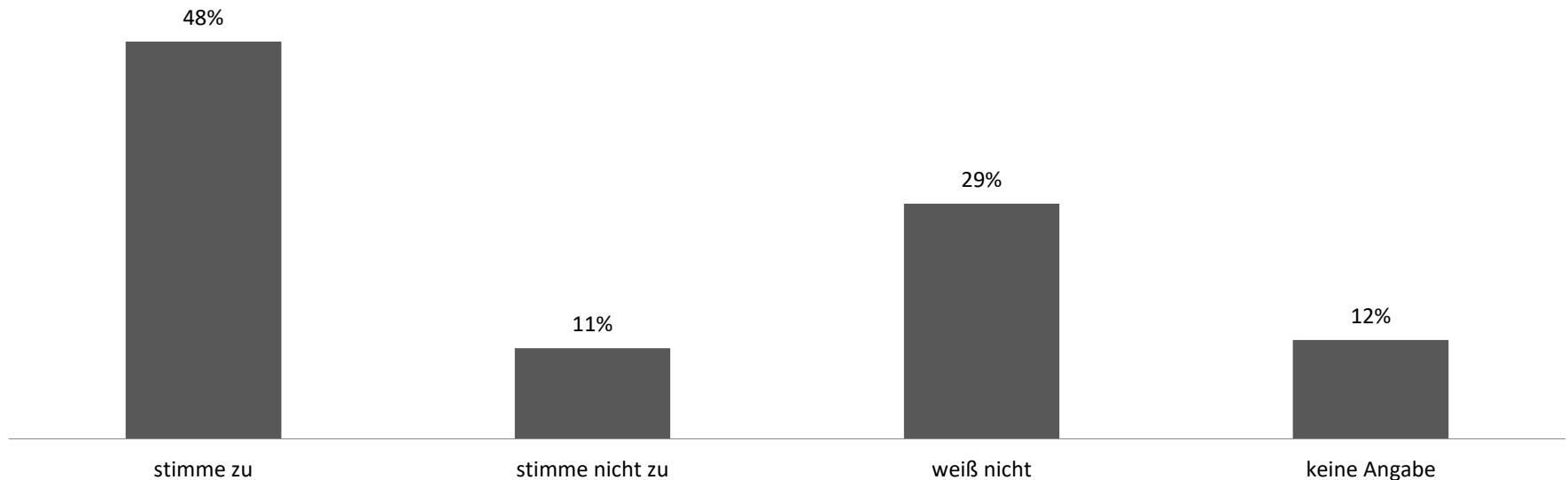
2.062 Personen aus Deutschland ab 18 Jahren nahmen an der Befragung teil.

### **Einleitungssatz:**

*Die Rentenkommission der Bundesregierung hat am vergangenen Freitag (27. März 2020) ihren Bericht übergeben. Darin werden unter anderem Korridore (minimale und maximale Grenzen) genannt, innerhalb derer sich der Beitragssatz und das Rentenniveau der gesetzlichen Renten bewegen soll. Konkrete Vorschläge, wie die Finanzierung der Rente auf eine zukunfts feste Grundlage gestellt werden soll, enthält der Bericht nicht.*

## Wie stehen Sie zu folgenden Aussagen?

**Die Kommission hat ihren Auftrag nur ungenügend erfüllt, weil sie keine konkreten Lösungen, sondern nur vage Empfehlungen erarbeitet hat, wie trotz der starken Zunahme der Rentner in den kommenden Jahren die Finanzierung gesichert bleibt.**

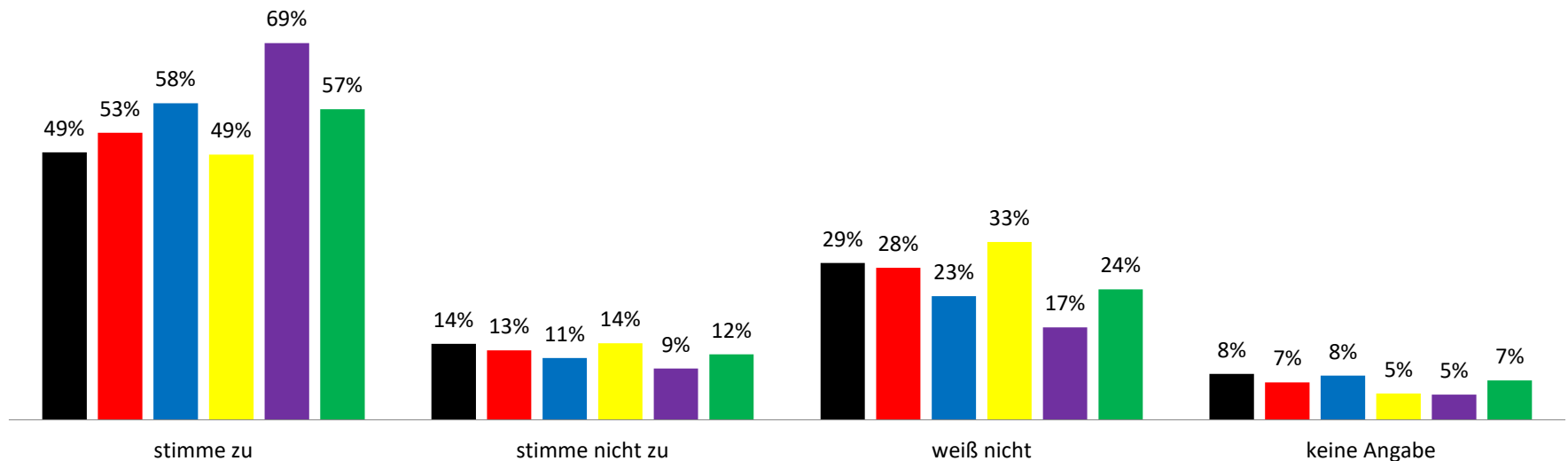


Eine relative Mehrheit von 48 Prozent der Befragten stimmt zu, dass die Kommission ihren Auftrag nur ungenügend erfüllt hat, weil sie keine konkreten Lösungen, sondern nur vage Empfehlungen erarbeitet hat, wie trotz der starken Zunahme der Rentner in den kommenden Jahren die Finanzierung gesichert bleibt. Lediglich elf Prozent stimmen hier nicht zu. 29 Prozent wissen hierauf hingegen keine Antwort und zwölf Prozent machen keine Angabe.

## Wie stehen Sie zu folgenden Aussagen?

**Die Kommission hat ihren Auftrag nur ungenügend erfüllt, weil sie keine konkreten Lösungen, sondern nur vage Empfehlungen erarbeitet hat, wie trotz der starken Zunahme der Rentner in den kommenden Jahren die Finanzierung gesichert bleibt.**

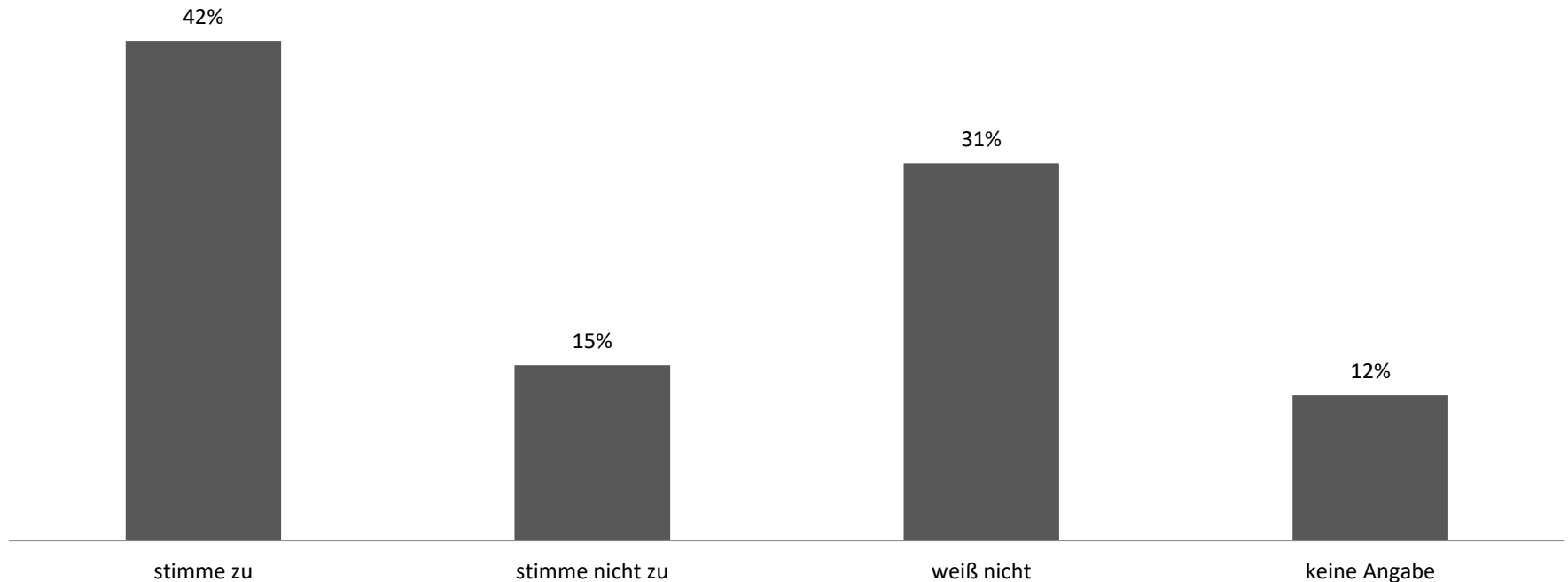
■ CDU/CSU ■ SPD ■ AfD ■ FDP ■ Die Linke ■ Bündnis 90/Die Grünen



Mehrheitlich stimmen alle Wählergruppen der Aussage zu. Am höchsten und mit jeweils einer absoluten Mehrheit fällt die Zustimmung unter Linke-Wählern mit 69 Prozent aus. Es folgen Wähler der AfD (58 %), Grünen (57 %) und SPD (53 %). Mit jeweils 49 Prozent stimmen Unions- und FDP-Wähler hier lediglich relativmehrheitlich zu. Während die Ablehnungsanteile mit neun bis 14 Prozent bei allen Gruppen relativ gering ausfallen, sind die Anteile derer, die keine Antwort wissen mit 17 bis 33 Prozent recht hoch.

## Wie stehen Sie zu folgenden Aussagen?

**In der Kommission (insgesamt 10 Mitglieder) sind mit fünf Politikern, einem Gewerkschafts- und einem Arbeitgebervertreter zu viele politisch beeinflusste Mitglieder.**

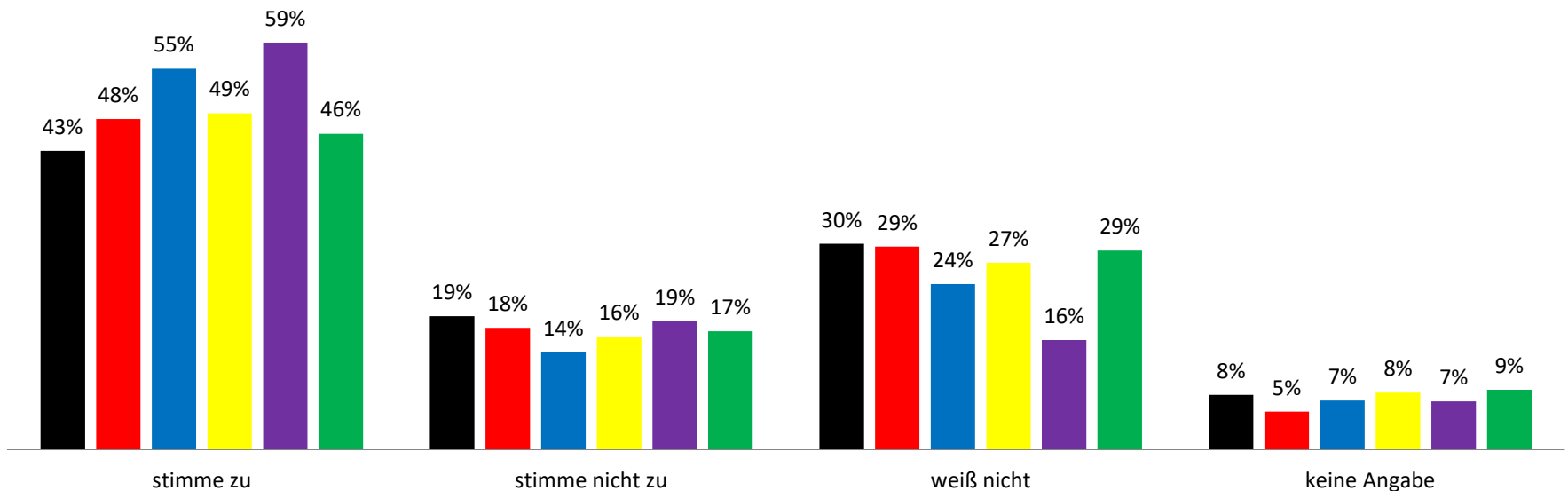


Eine relative Mehrheit von 42 Prozent der Befragten stimmt zu, dass in der Kommission mit fünf Politikern, einem Gewerkschafts- und einem Arbeitgebervertreter zu viele politisch beeinflusste Mitglieder sind. Auch bei dieser Frage äußert mit annähernd einem Drittel (31 %) ein relativ hoher Anteil an Befragten, dass sie hier keine Einschätzung abzugeben wissen. Lediglich 15 Prozent stimmen nicht zu und zwölf Prozent machen keine Angabe.

# Wie stehen Sie zu folgenden Aussagen?

In der Kommission (insgesamt 10 Mitglieder) sind mit fünf Politikern, einem Gewerkschafts- und einem Arbeitgebervertreter zu viele politisch beeinflusste Mitglieder.

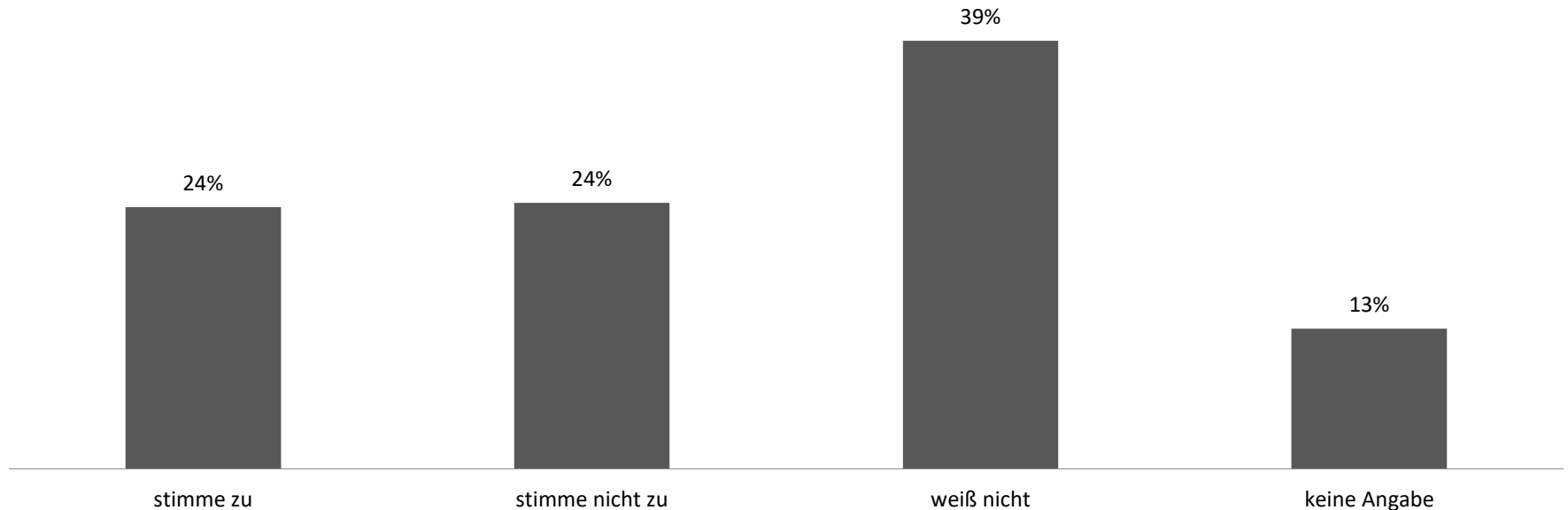
■ CDU/CSU ■ SPD ■ AfD ■ FDP ■ Die Linke ■ Bündnis 90/Die Grünen



Auch hier ist die häufigste Antwort aller Wählergruppen, dass sie zustimmen, dass in der Kommission zu viele politisch beeinflusste Mitglieder sind. Mit jeweils einer absoluten Mehrheit stimmen Linke- (59 %) und AfD-Wähler (55 %) zu. Mit je einer relativen Mehrheit folgen Wähler der FDP (49 %), SPD (48 %), Grünen (46 %) und CDU/CSU (43 %). Bei dieser Aussage stimmen etwas mehr Wähler nicht zu als bei der ersten Abfrage. Die Anteile liegen hier zwischen 14 und 19 Prozent. Doch auch hier sind, mit Ausnahme der Linke-Wähler (16 zu 19 %), die Anteile an „weiß nicht“ bei allen Wählergruppen mit 24 bis 30 Prozent höher als die derer, die nicht zustimmen.

## Wie stehen Sie zu folgenden Aussagen?

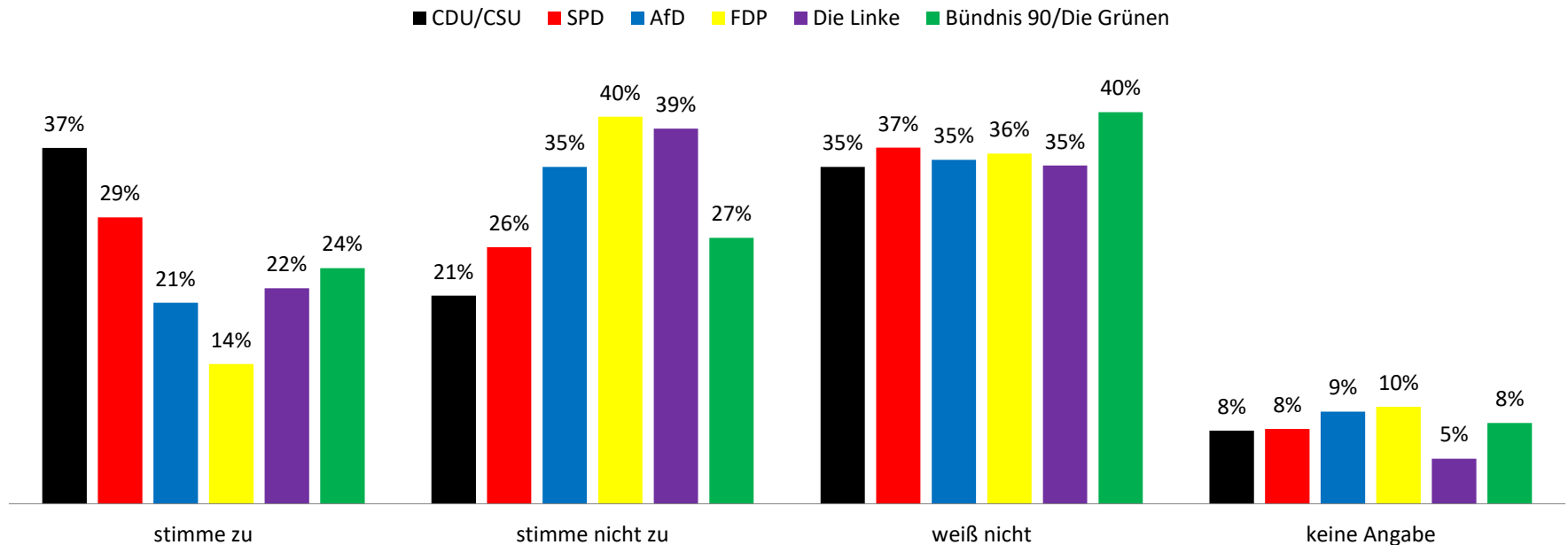
**Die Korridore für den Beitrag und das Rentenniveau sind eine gute Lösung, weil damit eine Überforderung von Beitragszahlern verhindert wird und sich die finanziellen Belastungen sowohl auf Beitragszahler als auch auf Rentner verteilen.**



Mit 39 Prozent geben die meisten Befragten an, dass sie nicht wissen, ob die Korridore für den Beitrag und das Rentenniveau eine gute Lösung sind. Auch in puncto Zustimmung sind die Befragten sich uneins: jeweils 24 Prozent stimmen der Aussage zu und nicht zu. Weitere 13 Prozent machen keine Angabe.

# Wie stehen Sie zu folgenden Aussagen?

**Die Korridore für den Beitrag und das Rentenniveau sind eine gute Lösung, weil damit eine Überforderung von Beitragszahlern verhindert wird und sich die finanziellen Belastungen sowohl auf Beitragszahler als auch auf Rentner verteilen.**



Bei der Aussage „Die Korridore für den Beitrag und das Rentenniveau sind eine gute Lösung, weil damit eine Überforderung von Beitragszahlern verhindert wird und sich die finanziellen Belastungen sowohl auf Beitragszahler als auch auf Rentner verteilen.“ zeigen sich zwischen den verschiedenen Wählergruppen teils deutliche Differenzen: So stimmt die Wählerschaft der Union mit 37 Prozent hier am häufigsten zu und ist die einzige Gruppe, in der die Zustimmung höher ist als die jeweiligen Anteile der anderen Antwortoptionen. FDP- (40 %) und Linke-Wähler (39 %) stimmen am häufigsten nicht zu, AfD-Wähler äußern gleichhäufig, dass sie nicht zu stimmen und dass sie keine Antwort wissen (je 35 %) und Wähler von SPD (37 %) und Grünen (40 %) geben am häufigsten an, dass sie hier keine Einschätzung abzugeben wissen.



Bei Rückfragen wenden Sie sich bitte an:

**INSA-CONSULERE GmbH**

Arndtstraße 1

99096 Erfurt

Tel.: 0361 380 395 70

Fax: 0361 644 311 1

Hinweise zu den Grafiken:

Auf Grund der Verwendung von gerundeten Zahlenangaben kann die Summe der Prozentzahlen unter Umständen geringfügig von 100 Prozent abweichen.

Im Falle von Mehrfachantworten kann die Summe der Prozentzahlen erheblich von 100 Prozent abweichen.